

Beschlussvorlage

zur Vorberatung im **Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Verwaltung, Energie und Umwelt**
zur Behandlung im **Gemeinderat**

Betreff: **Kommunale Regelung über die Gewährung von Bürgschaften, die unter die De-minimis-Verordnung fallen**

Bezug:

Anlagen: 0 Kommunale Regelung über die Gewährung von Bürgschaften

Beschlussantrag:

Die „Kommunale Regelung der Universitätsstadt Tübingen über die Gewährung von Bürgschaften, die unter die De-minimis-Verordnung fallen“ wird in der als Anlage 1 beigefügten Fassung beschlossen.

Finanzielle Auswirkungen		Jahr.	Folgeb.:
Investitionskosten:	€	0 €	0 €
Bei HHStelle veranschlagt:			
Aufwand/Ertrag jährlich	0 €	ab:	

Ziel:

Ziel ist der Erlass einer Regelung für die Gewährung von Bürgschaften, die unter die De-minimis-Verordnung bzw. die DAWI-De-minimis-Verordnung fallen (Beihilfewert darf höchstens 200.000 € bzw. 500.000 € innerhalb von drei Steuerjahren betragen). Damit werden die EU-rechtlichen Voraussetzungen für die Gewährung von kommunalen De-minimis-Bürgschaften ohne Notifizierungspflicht geschaffen. Das bedeutet, dass Bürgschaften, die auf der Grundlage dieser Richtlinie gewährt werden, nicht der EU-Kommission zur Genehmigung vorgelegt werden müssen.

Begründung:

1. Anlass / Problemstellung:

Nach den geltenden De-minimis-Verordnungen ist eine beihilferechtlich unbedenkliche Übernahme von Einzelbürgschaften nur auf der Grundlage einer kommunalen Regelung über die Gewährung von Bürgschaften, die unter die De-minimis-Verordnungen fallen möglich. In einer solchen Regelung soll in allgemeiner und abstrakter Weise festgelegt werden, unter welchen Voraussetzungen die Stadt eine Bürgschaft übernehmen wird. Die Universitätsstadt Tübingen hat bislang keine Bürgschaftsregelung erlassen.

In der Vergangenheit wurden trotz fehlender Bürgschaftsregelung vereinzelt Bürgschaften unter Berufung auf die De-minimis-Verordnungen übernommen. Aufgrund der zunehmenden Bedeutung des EU-Beihilferechts und auch einer Steigerung bei den Bürgschaftsübernahmen für Vereine und anderen Organisationen sollte zur Schaffung von Rechtssicherheit eine entsprechende Bürgschaftsregelung für die Universitätsstadt Tübingen erlassen werden.

Für den Erlass einer kommunalen Bürgschaftsregelung ist der Gemeinderat zuständig.

Rechtsgrundlagen sind die Verordnung (EG) Nr. 1998/2006 der Kommission vom 15.12.2006 über die Anwendung der Art. 87 und 88 EG auf „De-minimisbeihilfen „De-minimis-VO“ und Verordnung EU Nr. 360/2012 der Kommission vom 25.04.2012 über die Anwendung der Art. 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen an Unternehmen, die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse erbringen „De-minimis-Vo-DAWI.

2. Sachstand

Gemäß Art. 107 Absatz 1 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) früher Art. 87 Abs. 1 Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (EGV) gilt folgendes Beihilfeverbot:

„Soweit in den Verträgen nicht etwas anderes bestimmt ist, sind staatliche oder aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfen (=Zuwendungen) gleich welcher Art, die durch die Begünstigung bestimmter Unternehmen oder Produktionszweige den Wettbewerb verfälschen oder zu verfälschen drohen, mit dem Binnenmarkt unvereinbar, soweit sie den Handel zwischen den Mitgliedstaaten beeinträchtigen.“

Da die einzelnen Unternehmen durch die Gewährung städtischer Bürgschaften günstige Kommalkreditkonditionen für ihre Darlehen erhalten, stellt jede Bürgschaftsübernahme eine staatliche Beihilfe im Sinne des EU-Rechts dar und ist nach der o.g. EU-Vorschrift vom Grundsatz her verboten.

Es gibt aber verschiedene Gestaltungstatbestände, die eine Bürgschaftsübernahme innerhalb des kommunalen Aufgabenspektrums trotzdem zulassen:

a) Bürgschaftsübernahme auf der Grundlage der Bürgschaftsmitteilung

In diesem Fall wird die Bürgschaft so ausgestaltet, dass sie als marktüblich zu werten ist und damit keine Beihilfe im Sinne des EU-Rechts vorliegt:

- Kreditnehmer darf nicht in finanziellen Schwierigkeiten stecken
- Verknüpfung der Bürgschaft an bestimmte Transaktion, fester Höchstbetrag und begrenzte Laufzeit
- Höchstens 80% des jeweils ausstehenden Kreditbetrags werden verbürgt.
- Erhebung eines marktüblichen Entgeltes (Bürgschaftsgebühr)

Hierunter fallen z.B. die zu Gunsten der Stadtwerke Tübingen GmbH übernommenen Bürgschaften.

b) Bürgschaftsübernahme auf der Grundlage des Freistellungsbeschlusses

In diesem Fall ist die Bürgschaft zwar eine Beihilfe, die aber von der Notifizierungspflicht (Anmeldung der Bürgschaft bei der EU-Kommission) freigestellt und daher mit dem EU-Recht vereinbar ist. Folgende Voraussetzungen müssen allerdings erfüllt werden:

- Bürgschaft für Darlehen in Zusammenhang mit einer DAWI (Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse)
- Unternehmen muss mit der Erbringung dieser DAWI formal betraut worden sein
- Sicherstellung, dass keine Überkompensation gewährt wird (Bürgschaft darf nur als eine Ausgleichsleistung gewährt werden).

In diesen Fällen kann die Stadt auch eine 100% Bürgschaft übernehmen und auf die Erhebung einer Bürgschaftsgebühr verzichten.

Die Bürgschaftsübernahme zu Gunsten der GWG im Zusammenhang mit den Erwerb der 3. Tranche steht beispielhaft dafür.

c) Bürgschaftsübernahme auf Grundlage der De-minimis-Verordnungen

Die De-minimis-Verordnung bzw. die Dawi-de-minimis-Verordnung sehen vor, dass staatliche Beihilfen unschädlich und von der Notifizierungspflicht ausgenommen sind, wenn folgende Voraussetzungen vorliegen:

Rechtsgrundlagen sind die Mitteilung der EU-Kommission über die Anwendung der Artikel 107 AEUV und 108 AEUV auf De-minimis Beihilfen bzw. die Verordnung über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf Deminimis-Beihilfen an Unternehmen, die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse erbringen (DAWI-De-minimis)

- Die Bürgschaftsübernahme erfolgt auf der Basis **einer generellen Bürgschaftsregelung**, die die vorgenannten Voraussetzungen einheitlich für die Universitätsstadt Tübingen festsetzt (transparente Beihilfe)
- Der verbürgte Teil des Darlehens darf 1,5 Mio. € bzw. 3,75 Mio. € (bei DAWI) nicht übersteigen.
- Höchstens 80% des jeweils ausstehenden Kreditbetrags werden verbürgt.
- und der Verbürgungsanteil beträgt jederzeit maximal 80%.
- Die Schwellen von 1,5 Mio. € bzw. 3,75 Mio. € können überschritten werden, wenn der Beihilfewert nach dem Bruttosubventionsäquivalent innerhalb eines Zeitraums von drei Steuerjahren die Grenze von 200.000 € bzw. 500.000 € nicht überschreitet. Der Beihilfewert ergibt sich aus der Differenz zwischen dem von der Stadt getragenen Risiko, das abhängig ist von der Ausfallwahrscheinlichkeit und der gezahlten Bürgschaftsgebühr.

Das EU-Wettbewerbsrecht verlangt die Umrechnung jeder Förderung (Zuschüsse, Bürgschaften, Darlehen etc.) in ihren Wert bezogen auf den Zeitpunkt des Beginnes des geförderten Projektes. Dieser rechnerische Wert heißt Bruttosubventionsäquivalent.

Um Bürgschaften auf der Grundlage der De-minimis-Verordnungen übernehmen zu können und um die nötige Rechtssicherheit zu schaffen, soll nun eine entsprechende Bürgschaftsregelung erlassen werden. Zu diesem Zweck hat die Verwaltung die als Anlage 1 beigefügte Bürgschaftsregelung für die Universitätsstadt Tübingen gemäß dem Muster des Deutschen Städtetags formuliert. In dieser Regelung sind alle Voraussetzungen enthalten, welche die Stadt ermächtigt, Bürgschaften nach den De-minimis-Verordnungen zu übernehmen.

Ohne eine Bürgschaftsregelung können Bürgschaften nach den De-minimis-Verordnungen nur für Darlehen bis 200.000 € bzw. 500.000 € bei DAWI übernommen werden.

Der Beschluss über die „Richtlinie der Universitätsstadt Tübingen über die Gewährung von Bürgschaften, die unter die De-minimis-Verordnungen fallen“ ersetzt keine Einzelbeschlüsse des Gemeinderats über die Übernahme von Bürgschaften im Einzelfall.

Die Bürgschaftsübernahmen für DAV und Prävis wurden aufgrund der DAWI-De-minimis-Verordnung übernommen, auch die anstehende Bürgschaftsübernahme im Zusammenhang mit dem Neubau der TSG-Sporthalle fällt unter diese Verordnung.

3. Vorschlag der Verwaltung:

Durch den Beschluss der „Kommunalen Regelung der Universitätsstadt Tübingen über die Gewährung von Bürgschaften, die unter die De-mimimis-Verordnungen fallen“ werden die EU-rechtlichen Voraussetzungen für die Übernahme von kommunalen Bürgschaften ohne Notifizierungspflicht geschaffen. Deshalb wird vorgeschlagen, der Regelung zuzustimmen.

4. Lösungsvarianten:

Wenn die Universitätsstadt Tübingen auch weiterhin Bürgschaften nach der De-minimis-Verordnungen übernehmen will, gibt es keine sinnvollen Lösungsvarianten.

Bürgschaften, die die o.g. Voraussetzungen nicht erfüllen und trotzdem gewährt werden sollen, müssen im Zweifel der EU-Kommission zur Genehmigung vorgelegt werden.

5. Finanzielle Auswirkung:

Der Beschluss der Bürgschaftsregelung hat keine finanziellen Auswirkungen. Diese können sich erst aus einer konkreten Bürgschaftsübernahme ergeben, die auf der Grundlage der Bürgschaftsregelung erfolgt.

Insbesondere sind Bürgschaften für die Bürgschaftsgebühren erhoben werden (z.B. 0,4% bei GWG und Stadtwerke) nicht betroffen, weil in diesen Fällen der Subventionswert von der Stadt abgeschöpft wird.

6. Anlagen:

Anlage 1: Kommunale Regelung der Universitätsstadt Tübingen über die Gewährung von Bürgschaften, die unter die De-minimis-Verordnung fallen.